



„Gesundheitspolitische Themen“

Lt. einer OGM Umfrage sind 82 % der Österreicherinnen und Österreicher der Meinung, dass die finanzielle Sicherung des Gesundheitssystems oberste Priorität für die Politik hat. Auch der Rechnungshof empfiehlt rasch Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung umzusetzen.

BZÖ Vorschläge für eine Gesundheitspolitik die den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

1. Bodenständige medizinische Universität für bodenständigen Ärztenachwuchs

- Facharzt für Allgemeinmedizin als zentrales Ausbildungsziel. Das Gesamtbild des Hausarztes bzw. praktischen Arztes ist neu zu definieren:
Der Hausarzt der Zukunft muss Generalist für Gesundheit und Lebensqualität der Bürger/-innen auf kommunaler Ebene sein. Sein Betätigungsfeld beginnt bei der Gesundheitsförderung über die Vorsorgemedizin bis hin zur Reparaturmedizin.
- Um auch die flächendeckende fachärztliche Versorgung in der ländlichen Region sicher zu stellen, ist die bodenständige bzw. wohnortnahe medizinische Universität in Linz ebenso von höchster Notwendigkeit.

2. Vereinheitlichung der medizinischen Grundversorgung bzw. der Sozialversicherungssysteme

- Schluss mit Transferzahlungen bzw. mit der 2-Klassen-Medizin.
Die Oberösterreicher/-innen sparen, um die Geldverschwendung in Wien zu finanzieren:
Lt. Rechnungshofbericht beträgt das Verschwendungspotential der Wiener GKK (im Vergleich zur OÖGKK) 313,5 Mio. Euro pro Jahr. Allein der Verwaltungsaufwand pro Anspruchsberechtigten der WGKK ist um 7 Euro höher, bei 1,1 Mio Versicherten sind dies knapp 8 Mio. Euro.
Rd. 25 Mio. Euro werden jährlich von Oberösterreich in den Solidaritätsfonds eingezahlt.
- **Daher fordern wir:**
 - Einheitliches Leistungsangebot an den Versicherten
 - Einheitliche Leistungshonorare für Ärzte
 - Einheitliche verpflichtende Behandlungsökonomie

3. Senkung der Medikamentenkosten, des Medikamentenkonsums und des Medikamentenmissbrauchs

- Kostenbewusstsein und Eigenverantwortung statt Konsumverhalten mit schrankenloser Begehrlichkeit.
- Änderung des Lebensstils und Gesundheitsförderung. Gesundheitsförderung und Vorsorge beginnen bereits bei Schwangerschaft und Geburt.
- **Daher fordern wir:**
 - Halbierung der Mehrwertsteuer auf Medikamente (von 20 auf 10 %)
 - Erweiterung des Mutter-Kind-Passes durch Hebammenberatung
 - Solidarischer Medikamentenbeitrag statt Rezeptgebührenbefreiungschaos:
Rezeptgebühr nur für die ersten 50 Medikamente im Jahr einheben - das würde 20 Euro im Monat bedeuten